



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Motion von Stephan Nigg, glp: Mobility Konzept Kanton Basel-Landschaft**

Autor/in: [Stephan Nigg](#)

Mitunterzeichnet von: Augstburger, Bürgi, Fritz, Furer, Geiser, Gorrengourt, Herwig, Müller Marie- Therese, Schoch und Schuler

Eingereicht am: 26. Januar 2012

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Der motorisierte Individualverkehr verbraucht nicht nur viel Ressourcen, sondern ist auch Total ineffizient, da oft nicht mehr als eine Person im Auto sitzt. (Im Durchschnitt sind es ca. 1.3 Personen pro Auto im Nah- und Pendelverkehr). Vor allem der Pendelverkehr morgens und abends belastet unsere Umwelt stark. Firmen wie Roche oder DSM, aber auch gewisse Betriebe vom Kanton (Kantonsspital Bruderholz) haben angefangen sogenannte Mobilitätskonzepte auszuarbeiten, um die Arbeitnehmer zu motivieren auf den Öv umzusteigen. Der Kanton Basel-Landschaft ist ein bedeutender Arbeitgeber. Er beschäftigt mehrere tausend Arbeitnehmer. Der Kanton hat sich zudem im Energiegesetz verpflichtet im Bereich seiner Möglichkeiten alles zu tun, um den CO2 Ausstoss zu Senken. Da Autos CO2 freisetzen, würde dies im Sinne des Gesetzgebers sein.

Energiegesetz Kanton Basel-Landschaft § 1b 4

“⁴ Im Bereich der Mobilität unternimmt der Kanton im Rahmen seiner Möglichkeiten alles, um den CO2-Ausstoss massgeblich zu senken.”

Ein Beispiel eines solchen Gesetzes:

Arbeitnehmer, welche mit dem Auto zur Arbeit kommen bezahlen künftig 50.-CHF pro Monat für den Parkplatz. Solche die ohne Auto zur Arbeit kommen, erhalten 50.-CHF. Das ganze soll wenn möglich kostenneutral gestaltet werden.

Natürlich könnte man auch Ausnahmeregelungen machen:

- Joker Tage
- Arbeitnehmer mit Kleinstwagen könnte man auch nur die Hälfte verlangen
- Carsharing

Der Regierungsrat wird deshalb beauftragt, die rechtlichen Grundlagen dahingehend zu ergänzen, dass Staatsangestellte des Kantons-Basel-Landschaft (Verwaltung bis "Betriebe") mehr Anreize haben, mit dem Öffentlichen Verkehr zur Arbeit zu kommen. Dafür kann der Kanton ein Malus/Bonus System einführen, um kostenneutral zu bleiben.